

halten. Projekte zur Errichtung weiterer k. Z. werden seit längerer Zeit in internationalen Gremien diskutiert. Auf der Gipfelkonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) im Jahre 1964 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs des Kontinents eine Deklaration über die Entnuklearisierung Afrikas, in der sie feierlich ihre Bereitschaft erklärten, sich im Rahmen einer internationalen Vereinbarung zu verpflichten, keine Kernwaffen zu produzieren oder darüber zu verfügen. Die UNO-Vollversammlung unterstützt seitdem diesen Vorschlag wie auch weitere Initiativen in anderen Teilen der »dritten Welt«, darunter vor allem im Nahen Osten. Wenn es bis heute dennoch zu keiner völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarung über eine k. Z. in diesen Regionen gekommen ist, liegt das an den Bestrebungen solcher Regionalmächte wie Südafrika und Israel, ein eigenes Kernwaffenpotential zu entwickeln. Vielfältige Ansätze gibt es zur Schaffung von k. Z. in Europa. Am 8. 4. 1986 wandten sich die Staaten des Warschauer Vertrages mit einem Appell an alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada, in der sie die Aktualität der Idee von k. Z. in Europa hervorhoben. Sie bekräftigten ihre Unterstützung für die Vorschläge zur Errichtung solcher Zonen in Nordeuropa sowie auf dem Balkan und befürworteten erneut die schwedische Initiative zur Schaffung eines von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Korridors entlang der Trennlinie zwischen Warschauer Vertrag und NATO in Mitteleuropa. Bereits am 19.9. 1985 hatten der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und der damalige Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, vereinbart, in einer Ge-

Korridors zu erörtern. Irrt Ergebnis wurden 1986 »Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa« vereinbart und von beiden Parteiführungen gebilligt. Dementsprechend wird vorgeschlagen, entlang der Trennlinie der beiden Bündnisse in Mitteleuropa einen Korridor zu schaffen, der von allen Atomwaffen frei ist. Der Korridor soll zunächst eine Ausdehnung von jeweils rund 150 km auf den Territorien d'er BRD, der DDR und der CSSR, also rund 300 km insgesamt, haben. Drei Jahre nach seiner Verwirklichung soll über seine Ausdehnung zu einer mitteleuropäischen atomwaffenfreien Zone verhandelt werden. Zu den abziehenden Waffen sollen alle Trägersysteme, die zum Einsatz von Kernmunition fähig sind, sowie die Kernmunition selbst (einschließlich Kernminen) gehören. Es wäre erforderlich, daß alle doppelt verwendbaren Waffensysteme unter die Kategorie der Atomwaffen fallen und aus dem Korridor entfernt werden. Ein solcher durch Regierungsverhandlungen zu verwirklichender Korridor würde die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf, insbesondere zum Abbau der Mittelstreckenraketen, ergänzen und beiden Seiten mehr Sicherheit schaffen. Beide Parteien betrachten die Initiative als Ausdruck der besonderen Verantwortung der beiden deutschen Staaten, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, sondern Frieden ausgehen muß. Die KPTsch unterstützte diese Initiative und schloß sich ihr an. Die CDU/CSU-FDP-Regierung der BRD lehnte die »Grundsätze« ab. Regierungsverhandlungen kamen bisher nicht zustande.

Kernwaffensperrvertrag —»

*Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen*

kernwaffenteststopp: Verbot